

Architektur

Das böse S-Wort

Lange Zeit kümmerte sich der Bund Deutscher Architekten eher um ästhetische Grundsatzfragen. Dass das in Zeiten von Immobilienboom und Gentrifizierung nicht mehr reicht, hat er nun erkannt und ein politisches Manifest für seine Mitglieder verfasst.

VON TILL BRIEGLER

Es steht ein besonderer Satz in dem neuen Manifest, dass der Bund Deutscher Architekten am Samstag in Hamburg verabschiedet hat. Es ist sogar der Schlusssatz: "Jeder Neubau muss seine unabdingbare Notwendigkeit unter Beweis stellen", heißt es da unter dem Kapitel "Bestand". Was nichts anderes bedeutet, als wenn Klamottenhersteller sich selbst verpflichten würden, erst dann wieder neue Ware zu liefern, wenn die alte in den Schränken ihrer Kunden zerschissen ist. Doch die Berufsgruppe der Architekten - jedenfalls derjenigen, die mit ihrer freiwilligen Mitgliedschaft im BDA unterstreichen wollen, dass ihnen Baukultur etwas bedeutet - meint das ernst. Sie erklärt damit, dass bestehende Gebäude unter allen Umständen saniert gehören, bevor über Neubauten diskutiert werden darf. Was diesen Vorschlag so erstaunlich macht, ist, dass er die Architekten Geld und Projekte kostet.

Tatsächlich haben die "Politischen Grundpositionen zu Stadt, Land und Architektur", mit denen die 5000 deutschen Architekten im BDA sich endlich vom Ruch befreien wollen, nur für zweifelhafte ästhetische Kriterien zu kämpfen, jedoch eine große Schwachstelle: sie drücken sich davor, präzise zu benennen, wer eigentlich verantwortlich ist für die Situation, die sie anprangern. Und das hat einen einfachen Grund. Die Gegner sind in diesem Fall ihre eigenen Bauherren. Und das ist ein Dilemma. Denn wie will man ernsthaft Bodenspekulation anprangern und die verlöschende Vielfalt in den Städten, den Verlust von Heimat beklagen und die mangelnde Werthaltigkeit von Neubauten, die galoppierende Verdrängung von Normalverdienern aus den Stadtzentren kritisieren und eine nachhaltige Baukultur fordern, wenn man es nicht in Zusammenhang stellt mit der renditefixierten Investorenkultur? Der Grund dafür ist gleichsam klar: Wer beißt schon gerne die Hand, die ihn füttert.

Es wird nicht das geplant und gebaut, was wichtig wäre, sondern das, was viel Geld bringt

Einer der eingeladenen Referenten dieses 14. BDA-Tages, der auf der Reeperbahn im Schmidt-Theater stattfand, hat diese Schwachstelle unbarmherzig erkannt und benannt (und wurde wohl gerade deswegen eingeladen, um zu sagen, was man sich selbst lieber verkneift). Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie las den Architekten ziemlich ungerührt die Leviten. Sie könnten noch viele solche Manifeste verfassen, die nichts bewirken, wenn sie sich nicht der ökonomischen und politischen Realität stellen wollen, erklärte der präzise Analytiker den Baukulturlern. Und diese Realität ist das Resultat davon, dass die öffentliche Hand, also die Demokratie, sich seit Jahrzehnten immer weiter in die Hand von Projektentwicklern begibt, wenn es um das originär gemeinschaftliche Anliegen des Städtebaus geht. Deswegen wird nicht gebaut und geplant, was wichtig und richtig ist, sondern was

viel Profit für Immobilienspekulanten erbringt, die wiederum Projekte nur finanzieren, um persönlich möglichst reich zu werden.

Claus Leggewie nahm in seiner Kritik sogar das böse S-Wort in den Mund, aber über einen neuen Sozialismus wollte im Verlauf der Diskussion dann doch lieber niemand sprechen. Statt einer Grundsatzdebatte über die Tendenzen des Kapitalismus, Geld und Rechte von den vielen zu den Reichen umzuverteilen, erörterte die Konferenz im Anschluss lieber praktische Verbesserungen im Planungsalltag. Der Vertreter der Berliner Triodos-Bank für nachhaltige Immobilien plädierte für neue bewusste Geldinstitute. Die Architekten forderten eine konstruktive "Phase null" bei Bauprojekten, in der Planer, Bürger, Staat und Investoren über Sinn und Ausrichtung von Vorhaben vor der Beschlussfassung diskutieren - und nicht erst danach, wie üblich, was nur zur "Beteiligungsshow" taugt, wie Leggewie es nannte. Und es erging sogar die Forderung an die Architekten, sich die Plagen kommunaler Politik als Mandatsträger anzutun, um etwas Kompetenz in die städtebaulichen Entscheidungen zu bringen.

Dass das Unbehagen an der renditegesteuerten Stadtentwicklungspolitik ehrlich ist, war in allen Beiträgen und energischen Kommentaren zu spüren. Und dass der BDA seinen alle drei Jahre vergebenen Preis für Architekturkritik an diesem Nachmittag an Gerhard Matzig verlieh, der in dieser Zeitung seit über 20 Jahren die menschliche Perspektive auf die gebaute Lebenswelt einfordert und von der BDA-Jury besonders dafür gelobt wurde, dass er "klar Position bezieht" und durch seine "analytische Schärfe" die breite Öffentlichkeit aufweckt, zeugt auch davon, dass diese Qualitätsvereinigung bereit ist, sich selbst politisch klarer zu positionieren.

Allerdings wird das nur zu produktiven Konflikten führen, wenn der BDA in Zukunft auch die Interessen und Mächte klar benennt, die demokratische Verbesserungen in der Stadtentwicklung verhindern. Auch jedes Manifest muss seine unabdingbare Notwendigkeit erst unter Beweis stellen.

Süddeutsche Zeitung